Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17/1994
26.11.2014

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin braucht eine/n Beauftragte/n für Urban Gardening

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Akteur/-innen der urbanen Gärten in Berlin eine/n Beauftragte/n für Urban Gardening einzusetzen. Zu den Aufgaben der/des Beauftragte/n soll es insbesondere gehören:

1. zusammen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz und den Akteur/-innen der urbanen Gärten in Berlin ein gesamtstädtisches Konzept des „Urban Gardening“ zu entwickeln,

2. Ansprechperson für und Mittler/-in zwischen Akteur/-innen der urbanen Gärten in Berlin und der Berliner Verwaltung zu sein und die Verwaltung ressortübergreifend für das Thema „Urban Gardening“ zu sensibilisieren,

3. in Zusammenarbeit mit der Verwaltung potenzielle Flächen für urbanes Gärtnern zu ermitteln, zu veröffentlichen und zu erhalten sowie Aktivist/-innen bei der Einrichtung neuer Gärten zu unterstützen,

4. in Zusammenarbeit mit den Akteur/-innen der urbanen Gärten in Berlin Informationsangebote und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Urban Gardening“ weiterzuentwickeln,

5. Schulen und Kitas im Rahmen der Umweltbildung zu beraten, zu unterstützen und Kontakte zu urbanen Gärten in Berlin herzustellen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2015 zu berichten.

Begründung:

In Berlin und vielen anderen Bundesländern entstehen seit einigen Jahren neue, gemeinschaftliche Gartenformen. Diese urbanen Gemeinschaftsgärten sind Experimentierräume für ein gutes Leben in der Stadt. So heißt es im Urban Gardening Manifest (http://www.urbangardeningmanifest.de/manifest):

> „Gemeinsam verwandeln wir Stadtgärtner/-innen Brachflächen in Orte der Begegnung, gewinnen eigenes Saatgut, halten Bienen zwischen und auf Hochhäusern, experimentieren mit verschiedenen Formen der Kompostierung und üben uns darin, das geerntete Gemüse haltbar zu machen. Wir setzen uns für eine lebenswerte Stadt und eine zukunftsorientierte Urbanität ein. Täglich erfahren wir, wie wichtig ein frei zugänglicher öffentlicher Raum ohne Konsumzwang für eine demokratische und plurale Stadtgesellschaft ist."

Beim Gärtnern in der Stadt („Urban Gardening") spielen auch gesellschaftliche und ökologische Themen eine Rolle. Denn bei der gemeinsamen Gartenarbeit gedeihen nicht nur Gemüse und Obst, sondern auch Gemeinschaftssinn, Kultur und Umwelt- und Naturbildung. Dazu passt es, dass immer mehr Städte in Deutschland bei der Neubepflanzung an Schulen, Sportplätzen und anderen öffentlichen Gebäuden essbaren Pflanzen den Vorzug gegeben und sich zur „essbaren Stadt" erklären. Auch mehrere Berliner Bezirke sind „essbar" geworden, pflanzen Obstbäume und Oststräucher und fördern damit die Pflanzenvielfalt in der Stadt. Durch Urban Gardening können zudem Brach- und Dachflächen in der Stadt sinnvoll genutzt werden. Das verschönert nicht nur das Stadtbild, sondern sorgt auch für besseres Stadtklima und ist eine wichtige Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel.

Während urbane Gärten Teil einer lebenswerten, lebendigen und zukunftsfähigen Stadt sind, ist ihr rechtlicher Status nach wie vor prekär und ihr Fortbestand häufig nicht gesichert. Noch immer bestehen bei Teilen der Verwaltung Berührungsängste gegenüber städtischem Gärtnern jenseits von Kleingärten. Dies erleben Bürger/-innen, die Freiflächen in ihrem Kiez bepflanzen wollen z.B. beim Abschluss von Pflegevereinbarungen mit den Bezirken. Und während immer mehr öffentliche Flächen von Berliner/-innen eigenständig und kostenfrei bepflanzt werden, hat der Senat nach eigener Auskunft weder einen Überblick über die bestehenden Projekte noch ein stadtweites Konzept zum Thema Urban Gardening (Drs. 17/11489, 17/14433).

Dem Vorbild anderer Städte wie New York und Stuttgart folgend soll Berlin mit der Einsetzung einer/eines Beauftragten für Urban Gardening die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten anerkennen und ihre Position – auch und gerade in der Verwaltung – stärken. Die Auswahl soll dabei in enger Abstimmung mit den Akteur/-innen der urbanen Gärten in Berlin erfolgen; ihre/seine Tätigkeit soll ehrenamtlich sein, verbunden mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung.

Die Berlin Gartenbewegung hat inzwischen vielfältige Vernetzungs-, Beratungs- und Anlaufstrukturen z.B. im Allmende-Kontor, im Prinzessinnengarten und im Interkulturellen Garten Berlin Lichtenberg aufgebaut. Mit der/dem Beauftragten sollen keine Parallelstrukturen zu diesen gewachsenen, selbstorganisierten Formen der Unterstützung urbaner Gärten geschaffen

werden. Diese Netzwerke und Akteur*innen sollen unterstützt, keinesfalls aber „von oben“ organisiert werden.

Zu den allgemeinen Aufgaben der/des Beauftragten wird daher die Unterstützung von Aktivist*innen urbaner Gärten in Berlin und die Mitarbeit in bestehenden Netzwerken wie z.B. den „Werkstatgesprächen urbanes Gärtnern“ mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt gehören.

Gerade bei der Erarbeitung eines Konzepts zum Thema Urban Gardening wird es darauf ankommen, bestehende Ansätze (z.B. im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft) und erfahrene Akteur*innen soweit wie möglich mit einzubeziehen. Inhaltlich soll auf die Belange unterschiedlicher Gruppen von Menschen, Tieren und Pflanzen Rücksicht genommen werden.
Die/der Beauftragte soll als Scharnierstelle zwischen Akteur*innen und Verwaltung fungieren. Das Thema „Urban Gardening“ soll dabei nicht nur in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, sondern ressortübergreifend insbesondere auch in den Bereichen Soziales und Bildung sowie in den Bezirken verankert werden. Ziel ist es, positive Rahmenbedingungen für urbanes Gärtnern in Berlin zu schaffen.

Die/der Beauftragte soll sich dafür einsetzen, wohnungsnahe öffentliche Flächen für Urban Gardening zu gewinnen und zu erhalten. Es soll Aktivist*innen bei der Gestaltung qualitätsvoller Grünflächen und Stadtnatur unterstützen und z.B. bei der Recherche von Eigentumsverhältnissen und der Ausgestaltung von Nutzungsvereinbarungen behilflich sein. Neben den bestehenden Gärten geht es dabei auch um Flächen, die – ggf. auch nur für eine Zwischennutzung – als urbaner Garten in Betracht kommen.

Um noch mehr Menschen für urbanes Gärtnern zu gewinnen, sollen bestehende Informationsangebote weiterentwickelt und die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Dabei sollen auch und gerade Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen werden, die bisher keinen Zugang zum Urban Gardening haben.

Aufbauend auf bereits bestehenden Projekten wie der Beratungsstelle „Grün macht Schule“ und den Gartenarbeitsschulen sollen Kitas und Schulen motiviert und dabei unterstützt werden, Urban Gardening z.B. durch die Einrichtung von Schulgärten in die Umweltbildung zu integrieren.

Berlin, den 5. November 2014

Pop Kapek Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen